

## Anfragen zum Plenum in der 48. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle, konkrete Planungsstand hinsichtlich der Weiterentwicklung der Industriebereichsfläche „Fabrikzeile“ in Hof durch die Immobilien Freistaat Bayern zu einer Art Campus mit Studentenwohnheim, Hörsälen und Vortragsräumen einschl. Teilveräußerungen an einen Investor, besteht nach wie vor Bedarf nach weiteren Kapazitäten für die Fachhochschule für den öffentlichen Dienst in Hof und wie sieht der konkrete Zeitplan zur Weiterentwicklung des Grundstücks aus?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Labore und Gesundheitsämter die Software DEMIS-SARS-CoV-2 zur elektronischen Übermittlung bzw. dem elektronischen Empfang von SARS-CoV-2-Testergebnissen nutzen (bitte aufgeschlüsselt nach Nicht möglich/Eingerichtet/Aktive Verwendung), wie viele Gesundheitsämter die Software SOMAS-ÖGD zur Nachverfolgung von Coronafällen nutzen (bitte aufgeschlüsselt nach Nicht möglich/Eingerichtet/Aktive Verwendung) und inwieweit die Gesundheitsämter bei der Erfassung, Nachverfolgung und Meldung von Coronafällen nach wie vor auf Faxe, Excel-Listen und Botengänge angewiesen sind?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Corona-Tests wurden in Bayern bislang vorgenommen (bitte wochenweise sowie jeweils nach Art des Tests und Art der Einrichtung bzw. der Zielgruppe ausdifferenzieren), aus welchen Gründen konnte die Staatsregierung ihr Versprechen von ausreichend Corona-Tests „für jedermann“ sowie von ausreichend Reihentests für Beschäftigte in Kliniken, Pflege-, Altenheimen, Kindergärten und Schulen bislang nicht halten und wie steht die Staatsregierung zum Vorschlag, im Falle eines Infektionsfalls in einer Klasse die definierte Gruppe zusammen mit den betroffenen Lehrkräften für fünf Tage in Quarantäne zu schicken und bei negativem Testergebnis den Präsenzunterricht für diese Klasse im Anschluss wiederaufzunehmen?

**Prof. (Univ. Lima)  
Dr. Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Beiträge zum Länderfinanzausgleich pro Jahr, die der Freistaat Bayern in den letzten sieben Jahren (2013 bis 2020) einzahlen musste und welche Prognose stellt der Freistaat für die Zahlungen zum Länderfinanzausgleich für die Jahre 2021 und 2022?

**Markus Bayerbach**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Suizide gab es seit 1. Januar 2020 in Bayern (bitte monatlich auflisten), wie viele Suizide gab es im Jahr 2019 in Bayern (bitte monatlich auflisten) und liegen der Staatsregierung Prognosen vor, dass im Zuge der Coronakrise die Suizidraten in Bayern steigen könnten (bitte Prognosen vorlegen)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum hat sie sich – im Gegensatz zu vielen anderen Lebensbereichen vom öffentlichen Nahverkehr, zur Schule bis teilweise dem öffentlichen Raum – gegen eine Maskenpflicht in Sitzungen kommunaler Gremien entschieden, ist diesbezüglich eine Änderung geplant und inwiefern darf ein kommunales Gremium für Sitzungen der Gemeinderäte, Kreistage, Bezirkstage oder ihrer Ausschüsse eine Maskenpflicht für alle Anwesenden der Sitzungen beschließen (bitte Rechtsgrundlage angeben) und bei Verstößen auch durchsetzen, insbesondere im Rahmen der Handhabung der Ordnung und des Hausrechts?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass kürzlich Ministerpräsident Dr. Markus Söder<sup>1</sup>, der Landesgruppenchef der CSU im Bundestag<sup>2</sup> und der Präsident des bayerischen Verfassungsschutzes Körner<sup>3</sup> die Querdenken-Bewegung als Zielobjekt für den bayerischen Verfassungsschutz markierten, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Ministerpräsident und der Präsident des bayerischen Verfassungsschutzes mit den Ökoanarchisten von „Extinction Rebellion“ und deren Konzept mit gezielten Rechtsverstößen<sup>4</sup> und deren erklärtem Willen zur Anarchie und der erklärten Bereitschaft zum „Systemwechsel“<sup>5</sup> oder deren erklärten Willen ihres Gründers/Anführers auch zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie („Wir zwingen die Regierungen zum Handeln. Und falls sie das nicht tun, stürzen wir sie und errichten eine neue, geeignetere Demokratie. Und ja, einige könnten dabei sterben.“<sup>6</sup>) mit systematischem Ungehorsam und Anarchie auch zusammen mit anderen Anarchisten und Extremisten auf eine angebliche Klimakatastrophe aufmerksam zu machen, keinerlei Relevanz für den Verfassungsschutz zu erkennen behaupten, frage ich die Staatsregierung, in welchen Punkten unterscheidet sich

---

<sup>1</sup> [https://www.br.de/nachrichten/bayern/markus-soeder-verfassungsschutz-soll-querdenker-besserbeobachten\\_SGCRj75](https://www.br.de/nachrichten/bayern/markus-soeder-verfassungsschutz-soll-querdenker-besserbeobachten_SGCRj75)

<sup>2</sup> [https://www.focus.de/politik/deutschland/groko-im-news-ticker-cdu-sozialfluegel-kritisiert-merzaeusserungen-zu-arbeitsmoral-heftig\\_id\\_12157954.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/groko-im-news-ticker-cdu-sozialfluegel-kritisiert-merzaeusserungen-zu-arbeitsmoral-heftig_id_12157954.html)

<sup>3</sup> [https://www.br.de/nachrichten/bayern/markus-soederverfassungsschutz-soll-querdenker-besser-beobachten\\_SGCRj75](https://www.br.de/nachrichten/bayern/markus-soederverfassungsschutz-soll-querdenker-besser-beobachten_SGCRj75)

<sup>4</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/ziviler-ungehorsam-extinction-rebellion-aufjeden-fall.691.de.html?dram:article\\_id=460639](https://www.deutschlandfunk.de/ziviler-ungehorsam-extinction-rebellion-aufjeden-fall.691.de.html?dram:article_id=460639)

<sup>5</sup> <https://www.blicknachlinks.org/erneuter-angriff-auf-spd-buero/>

<sup>6</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=htvxc0Wg7sA&feature=emb\\_title](https://www.youtube.com/watch?v=htvxc0Wg7sA&feature=emb_title) Min. 6:40

ziviler Ungehorsam, wie er von „Extinction Rebellion“ zugestandenmaßen praktiziert wird, von angeblichem zivilen Ungehorsam von „Querdenken“ derart, dass Erstere durch die Staatsregierung nicht als Zielobjekt des Verfassungsschutzes markiert werden, Zweitere aber schon (bitte Rechtsgrundlage, Quellen und Beispiele angeben), in welchen Punkten unterscheidet sich „Extinction Rebellion“ als Sammelbewegung anderer auch extremistischer bzw. anarchistischer Bewegungen und Strömungen, wie z. B. der Interventionistischen Linken, von „Querdenken“ als Sammelbewegung friedlicher Andersdenkender derart, dass Erstere nicht als Zielobjekt des Verfassungsschutzes markiert werden, Zweitere aber schon (bitte Quellen und Beispiele angeben) und wie grenzt sich für die Staatsregierung „Extinction Rebellion“ besser von Extremisten ab, als es „Querdenken“ tut, sodass Erstere nicht als Zielobjekt des Verfassungsschutzes markiert werden, Zweitere aber schon (bitte Quellen und Beispiele angeben)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen zu einem möglicherweise rechtsextremen Anschlag in Kempten am 17. November 1990 mit einem fünfjährigen Kind als Todesopfer wiederaufzunehmen, frage ich die Staatsregierung, welcher Staatsanwalt 1990 in der Staatsanwaltschaft Kempten die Ermittlungen geleitet hat, ob die Staatsanwaltschaft Kempten einen möglichen Zusammenhang zwischen der Brandstiftung und dem rechtsextremen Bekennerschreiben einer „Anti-Kanaken-Front-Kempten“ erkannt und geprüft hat und falls ja, welche Ermittlungen zu einem möglichen rechtsextremen Tathintergrund dieses Anschlags und weiterer ungeklärte Brandanschläge in den 90er-Jahren in Kaufbeuren, Immenstadt und Kempten stattgefunden haben?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem aufgrund der Corona-Situation zunehmend kontrovers über die Situation an den Schulen diskutiert wird, frage ich die Staatsregierung, warum Luftfilteranlagen an Schulen nur vom Freistaat gefördert werden, falls eine Lüftung nicht möglich ist (bitte mit Begründung der Förderbedingungen), wie viele Luftfilteranlagen und FFP2-Masken für Schulen in Bayern bereits beantragt („beantragt“ bezieht sich auf Luftfilteranlagen über das o. g. Förderprogramm), bestellt (Luftfilteranlagen und FFP2-Masken) und ausgeliefert (Luftfilteranlagen und FFP2-Masken) wurden (bis zum Datum der Beantwortung dieser Anfrage) und wie viele Kinder und Jugendliche im Freistaat, die zu Beginn der Coronapandemie in Bayern bzw. Deutschland aufgrund der finanziellen und sozialen Situation ihrer Familie über keinen Internetzugang bzw. kein digitales Endgerät für die Homeschooling-Nutzung verfügen, über öffentliche Programme und Initiativen inzwischen Internetzugang und geeignete digitale Geräte erhalten haben?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Streckenabschnitte der in der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 aufgeführten Strecken des Oberlandnetzes (Strecken Holzkirchen – Lenggries, Schaftlach – Tegernsee, Holzkirchen – Bayrischzell) und des Filzenexpresses (Strecke Ebersberg – Wasserburg) wurden im Jahr 2020 elektrifiziert, wann ist mit der Elektrifizierung des Oberlandnetzes und des Filzenexpresses zu rechnen und mit welchem Beitrag zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch die Elektrifizierung des Oberlandnetzes und des Filzenexpresses rechnet die Staatsregierung?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, kann sie die vom Landratsamt Bamberg per Pressemitteilung am 14. September 2020 veröffentlichte Nachricht bestätigen, dass seitens der Staatsregierung „rund 21 Mio. Euro für einen Cleantech Innovation Park in der Region Bamberg“ bereitgestellt werden, falls nein, wie verteilen sich die Fördermittel auf die kommenden Jahre 2021 und 2022 und zu welchem Zweck sind die Fördermittel jeweils eingeplant?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Bedarf an Frauenhausplätzen in Unterfranken aus der Zahl der in der betrachteten Region lebenden Frauen im Alter von 18 bis 80 Jahren berechnet wird (ein Frauenhausplatz pro 10 327 Einwohnerinnen, vgl. Antwort 4.1. der Schriftlichen Anfrage „Frauenhäuser in Unterfranken: aktuelle Bestandsaufnahme“ Drs. 18/10875), aber die seit Februar 2018 in Kraft getretene Istanbul-Konvention (2017 von Deutschland ratifiziert) hingegen einen Frauenhausplatz pro 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner, besser noch pro 7 500 Einwohnerinnen und Einwohner empfiehlt, frage ich die Staatsregierung, aus welchem Grund sie sich bei der Berechnung der Frauenhausplätze für Bayern nicht an den Empfehlungen der Istanbul-Konvention orientiert, inwiefern sie plant, dies künftig zu tun und wie sich die Zahl der benötigten Frauenhausplätze nach der Berechnungsgrundlage der Istanbul-Konvention in den einzelnen Bezirken Bayerns verändern würde?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind die in Bayern zur Anwendung kommenden PCR-Tests in der Lage, nach § 2 Nr. 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) zwischen einem „vermehrungsfähigen“ und einem „nicht-vermehrungsfähigen“ Virus zu unterscheiden, werden im Zuge der PCR-Testungen in Bayern die CT-Werte erfasst (bitte genau erläutern wie und in welchem Umfang) und wenn die CT-Werte nicht erfasst werden, auf Basis welcher Erkenntnisgrundlage kann die Staatsregierung beurteilen, ob es tatsächlich eine Verbreitung eines Virus gibt?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund entgangener Einnahmen aus dem Ticketing aufgrund der Corona-Pandemie-Verordnungen und unter dem Verweis darauf, dass durch die Anfrage keine betriebs- oder privatwirtschaftlichen Interessen verletzt werden, nachdem eine eventuelle Bürgschaftsanfrage keinem Klub direkt zugeordnet werden kann, frage ich die Staatsregierung, inwiefern in ihren zuständigen Behörden Anträge auf Landesbürgschaften seitens Vereinen oder Kapitalgesellschaften der 1. und 2. Fußball-Bundesliga sowie der 3. Fußball-Liga der Männer gestellt wurden, um welche Bürgschaftssummen es jeweils ging und welche der Bürgschaften (unter Angabe der jeweiligen Summe) gewährt wurden?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterstützt sie die Gesundheitsämter in Bayern beim Vorgehen, dass innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte separate Quarantäne-Einrichtungen (wie einzelne Häuser bzw. Stockwerke oder Wohneinheiten) eingerichtet werden können, um eine sog. Gesamtquarantäne einer Unterkunft zu vermeiden (bitte die Zahl der erkrankten Geflüchteten (aktuell und insgesamt), die in Quarantäne befindlichen Geflüchteten und die Zahl der Einrichtungen auflisten), wie viele Unterbringungen in Wohnungen oder Pensionen und Hotels wurden im Zuge der Quarantäneregelungen von den jeweiligen Bezirksregierungen angeordnet und wie viel hat die separierte Unterbringung in Wohnungen, Pensionen oder Hotels den Freistaat gekostet (bitte nach Regierungsbezirk, Ort und Kosten auflisten)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern setzt sich die Staatsregierung bei der angekündigten Novemberhilfe für die Klarstellung des Kreises der Antragsberechtigten, insbesondere hinsichtlich mittelbar vom Lockdown Betroffener, ein, inwiefern sieht die Staatsregierung die Notwendigkeit, die Bewilligungsstellen personell zu unterstützen und warum setzt sie sich nicht konsequent für einen Unternehmerlohn bei den momentan laufenden und geplanten Wirtschaftshilfen ein?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Orten in Bayern sind Impfzentren zur Verabreichung von Impfungen gegen das sogenannte SARS-CoV-2-Virus geplant (bitte nach Bezirken aufschlüsseln), welche Kapazitäten pro Tag zur Verabreichung von Impfdosen sind jeweils vorgesehen (bitte die Anzahl der Personen angeben, die jeweils in den Impfzentren pro Tag geimpft werden sollen sowie das dafür vorgesehene Personal angeben) und wer wird die Impfungen durchführen (bitte angeben, ob es sich bei den Personen, die die Impfungen verabreichen sollen, um Ärzte, medizinisches Personal, Angehörige der Bundeswehr oder anderer Einheiten sowie andere Personengruppen handelt)?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder von Beschäftigten aus dem Bereich der kritischen Infrastruktur wurden im Frühjahr 2020 zur Notbetreuung angemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Berufsgruppe, Regierungsbezirk und Landkreis/kreisfreie Städte angeben), wie stellt sich die Einstufung von Kindern aus landwirtschaftlichen Betrieben generell im Hinblick auf die kritische Infrastruktur dar und wie wird bei einem eventuellen örtlich begrenzten Lockdown infolge eines außerordentlichen Infektionsgeschehens mit Notbetreuungsangeboten (auch im Hinblick auf die Landwirtschaft) umgegangen?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund des bereits am 21. September 2020 stattgefundenen Treffens der Kultusministerinnen und -minister der Bundesländer mit Vertretern der Bundesseite im Bundeskanzleramt, wie in Bayern der konkrete Umsetzungsstand der Ausstattung aller Lehrkräfte und – bei Bedarf – von Kindern mit geeigneten Endgeräten aus den Mitteln des vom Bund um zweimal 500 Mio. Euro erweiterten Digitalpakts Schule aktuell ist (bitte jeweils die bereits erledigten und weiter geplanten Verfahrensschritte möglichst anhand von Meilensteinen wiedergeben sowie konkrete Zahlen bezüglich der Antragsstellung), welche weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte hinsichtlich der identifizierten Handlungsstränge laut Pressemitteilung des Bundeskanzleramts in Vorbereitung auf das verabredete nächste Treffen in diesem Kreis Anfang 2021 seitens der Staatsregierung bereits getroffen worden sind und wie sie die in der Berichterstattung des Deutschlandfunks<sup>1</sup> vom 22.09.2020 erwähnten Schüler-Datentarife konkret in Bayern zum Einsatz bringen möchte (bitte Empfehlungen zum Einsatz und Zuschnitt der Tarife auf bestimmte Bildungsinhalte, zur Unterstützung bedürftiger Schüler sowie Informationsmaßnahmen der Staatsregierung hierzu darstellen)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Zielsetzung gemäß der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 bei „Neuabschluss von Leasingverträgen“ von staatlichen Dienstfahrzeugen zu 2/3 die Nutzung von Elektrofahrzeugen vorsieht, frage ich die Staatsregierung, wie hoch lag hierbei im Jahr 2020 bisher die Quote von Elektrofahrzeugen im Vergleich mit Verbrennerfahrzeugen?

---

<sup>1</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/vereinbarungen-und-meinungen-schulgipfel-dienst-laptops-und.2897.de.html?dram:article\\_id=484503](https://www.deutschlandfunk.de/vereinbarungen-und-meinungen-schulgipfel-dienst-laptops-und.2897.de.html?dram:article_id=484503) „Für alle Schüler soll es einen Datentarif für zehn Euro pro Monat geben. Für bedürftige Schüler soll der Tarif kostenlos sein.“

---

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 96 Maßnahmen aus dem Maßnahmenpaket der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 führen zu keinerlei unmittelbaren Treibhausgaseinsparungen, weil sie z. B. nur die Erstellung von Berichten, Forschungsarbeiten oder Koordinationsaufgaben betreffen, wie viele der 96 Maßnahmen dienen ausschließlich oder ganz überwiegend der Klimaanpassung und wie viele der 96 Maßnahmen wurden bereits vor Veröffentlichung des Maßnahmenpakets aus der Klimaschutzoffensive am 18. November 2019 ins Leben gerufen (bitte jeweils unter genauer Bezeichnung der Maßnahme)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gab bzw. gibt es eine Kostenzusage des Freistaates für den Ausbau der verkehrstechnischen Erschließung für die neuen Gewerbegebiete von Allersberg, insbesondere für das Ankerunternehmen Amazon bzw. dessen Investor und mit wem und wann haben dazu Gespräche vonseiten des Freistaates stattgefunden (bitte das Datum und den Namen der jeweils beteiligten Staatsministerinnen und -minister oder Staatssekretärinnen und -sekretäre angeben)?

**Tessa Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In Anbetracht der Tatsache, dass im Oktober 2020 die Deutsche Bahn die Vorplanungsergebnisse für die Bahnstrecke Nürnberg – Marktredwitz – Schirnding der Öffentlichkeit in einem Bürgerdialogverfahren vorgestellt hat und Bezug nehmend auf den Bericht des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr an den Landtag (auf Beschluss vom 29. März 2017, Drs. 17/16212, S-Bahn-Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen I – Planungs- und Finanzierungsvereinbarung für Korridor Nordost), wonach die Staatsregierung entschieden hat, dass die Vorplanung für den S-Bahn-Ausbau im Korridor Nordost so schnell wie möglich erfolgen soll, frage ich die Staatsregierung, ob sie den Vorplanungsauftrag für den S-Bahn-Ausbau im Korridor Nordost der Deutschen Bahn bereits erteilt hat bzw. wann dies erfolgen soll und welche zeitlichen Implikationen dies für die Realisierung des Ausbaus hat?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass beim Gesundheitsamt Lindau nur ein Arzt im Ruhestand mit einem Stellenumfang von 35 Prozent beschäftigt ist, frage ich die Staatsregierung, wie viele Ärzte stehen dem Gesundheitsamt Lindau unter Coronabedingungen zu (bitte den Stellenumfang mit angeben), bis wann kann das Gesundheitsamt Lindau mit der Zuweisung eines Arztes rechnen und wie viele Arztstellen sind an den Gesundheitsämtern im Regierungsbezirk Schwaben zum Stichtag 1. Oktober 2020 vakant, weil sie nicht besetzt sind oder die Stelleninhaber langfristig (länger als drei Monate) erkrankt oder in Elternzeit ohne Vertretung sind (bitte aufgeschlüsselt nach Stellenumfang)?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik bei Straftaten zwischen dem Phänomenbereich politisch motivierter Straftaten -links- (PMK -links-) und linksextremistischen Straftaten unterschieden wird, wobei linksextremistische Straftaten nur eine Teilmenge sämtlicher PMK -links- darstellen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Straftaten, die im Dienstbereich der Polizeipräsidien Schwaben Nord und Schwaben Süd/West in jeweils den Jahren 2010 bis 2019 begangen wurden, dem Phänomenbereich politisch motivierter Straftaten –links- (PMK -links-) zugeordnet wurden, welcher Straftatbestand dabei im jeweiligen Jahr am häufigsten zu verzeichnen war und wie oft Fälle von Sachbeschädigung im jeweiligen Jahr zu verzeichnen waren?

**Harald Güller**  
(SPD)

In Anbetracht dessen, dass die am 5. November 2020 verkündete Fortschreibung der Einreise-Quarantäneverordnung (EQV, BayMBl. Nr. 630, BayRS 2126-1-6-G) erst zwei bis drei Werktage vor Ablauf der vorherigen EQV bekanntgegeben wurde und weder die Gesundheitsämter noch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im Vorfeld den Bürgerinnen und Bürgern oder dem Landtag über die neue EQV Auskunft geben konnten, frage ich die Staatsregierung, warum Geschäftsreisende – aber auch Privatleute – sowie der Landtag nicht früher über die verschärfte EQV informiert werden konnten (mit Angabe des genauen Zeitpunkts, seitdem an der neuen EQV für Bayern gearbeitet wurde), werden weitere Ausnahmen, insbesondere für binationale Paare, Familienangehörige und Geschäftsreisende in einer weiteren Fortschreibung der EQV stärker berücksichtigt und wird eine frühere und transparentere Kommunikation einer wahrscheinlich weiteren EQV gegenüber den eigenen Gesundheitsbehörden, als auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und dem Landtag angestrebt (bitte mit Angabe der konkreten Schritte und über die Art und Weise der Ausgestaltung der zukünftigen Kommunikation)?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Gesamtsumme der Leistungen des sogenannten „Gesundheitsbonus“ seit Einführung war (aufgeschlüsselt nach Schulart und Bezirken) und wie eine Weiterführung über den 31. Dezember 2020 hinaus derzeit geplant ist?

**Prof. Dr. Ingo Hahn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie eine systematische Erfassung und Auswertung häufiger und/oder schwerer Nebenwirkungen der Impfstoffe gegen COVID-19 – ähnlich wie sie die *Medicines and Healthcare Regulatory Authority* in Großbritannien anstrebt –, wie wird bei einer nur wenige Monate umfassenden Prüfungs- und Zulassungsphase sichergestellt, dass die zur Zulassung angemeldeten Impfstoffe gegen COVID-19 keine schwerwiegenden und dauerhaften Langzeitnebenwirkungen haben und werden diejenigen Bürger Bayerns, die sich gegen eine Impfung mit diesen Vakzinen entscheiden, von bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen oder gar zu einer Impfung verpflichtet?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Nachdem in Bayern die Zahl der Grundwassermessstellen bis Ende 2023 von 600 auf 1 500 ausgeweitet werden soll, frage ich die Staatsregierung, womit die Zahl der Ausweitung gegenüber einer geringeren bzw. einer höheren Ausweitung fachlich begründet ist, wie viele dieser neuen Messstellen in Unterfranken bzw. den anderen Regierungsbezirken errichtet werden (bitte nach Errichtungsdatum, aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden bzw. kreisfreien Städten und unter Angabe der bisherigen Messstellen angeben) und nach welchen Kriterien die Standorte der neuen Messstellen im Einzelnen ausgewählt wurden bzw. werden?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche kumulierte CO<sub>2</sub>-Minderung durch Reduzierung von Treibhausgasemissionen und welche kumulierte CO<sub>2</sub>-Minderung durch sogenannte negative Emissionen (Nutzung von Senken) erwartet sie bis zum Jahr 2030 durch die 96 Maßnahmen, die im Rahmen der Klimaschutzoffensive vom 18. November 2019 vorgestellt wurden?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Daten der zu testenden Personen werden bei den Testzentren (Name, Alter, Wohnort, Telefonnummer etc.) erhoben, wie viele Personen wurden bis heute ohne Symptome und nicht als direkte Kontaktpersonen, also Personen, die unter die Regel fallen, dass sich alle testen lassen können, getestet (bitte Aufteilung nach Monaten) und welche Maßnahmen ergreift sie, um die Informationen zu Maßnahmen im Rahmen des Infektionsschutzes möglichst barrierefrei (u. a. relevante Sprachen und in Leichter Sprache) an die Bevölkerung zu vermitteln?

**Uli Henkel**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen sind unter Zugrundelegung der Definition nach § 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Bayern derzeit an Corona erkrankt, wie viele Personen sind unter Zugrundelegung der Definition nach § 2 IfSG in Bayern derzeit an Corona erkrankt und in intensivmedizinischer Behandlung und wie viele Personen in intensivmedizinischer Behandlung werden aufgrund eines positiven Corona-Tests als Corona-Patient in den Statistiken geführt, obwohl die Bedingungen des § 2 IfSG nicht erfüllt sind?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Anlässlich der weiterhin hohen Zahlen an Corona-Infizierten frage ich die Staatsregierung, wie viele Intensivbetten für Corona-Patienten in bayerischen Universitätskliniken zur Verfügung stehen (bitte aufgeschlüsselt nach Universitätsklinikum sowie Betten mit und ohne Beatmungsmöglichkeit), wie viele Betten aktuell durch Corona-Patienten belegt sind (bitte aufgeschlüsselt nach Universitätsklinikum sowie dem „Betten-Typ“ (Bett auf Normalstation, Bett auf Intensivstation, Bett mit Beatmungsmöglichkeit)) und ob die Staatsregierung der Auffassung ist, dass die aktuellen Kapazitäten ausreichen?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Gewässern wurde gemäß der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 bereits konkret begonnen „die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und die natürlichen Selbstheilungsprozesse der Gewässerbiozöten gegenüber Klimafolgen (Niedrigwasser, Hochwasser, erhöhte Wassertemperaturen...) zu stärken und die Gewässerbewirtschaftungsziele (Umweltziele gemäß Wasserrahmenrichtlinie) in Bezug auf die Funktionsfähigkeit und Biodiversität aquatischer Ökosysteme Zug um Zug zu verwirklichen bzw. zu erhalten“ (bitte mit Zeitpunkt des Projektbeginns), bei welchen Gewässern konkret wird damit begonnen (bitte Zeitpunkt benennen) und inwieweit gehen diese Maßnahmen über die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie hinaus?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass der dpa-Meldung vom 29. Oktober 2020 zu entnehmen war, dass das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration als Teil des Verteilungskonzepts des Bundes verkündet hat, dass Bayern im Rahmen des abgebrannten Flüchtlingslagers Moria 100 anerkannte Flüchtlinge aufnehmen wird, die Flüchtlinge in den kommenden Wochen erwartet werden und voraussichtlich in den Städten und Landkreisen in München, Ingolstadt, Passau, Straubing, Regensburg, Bayreuth, Hof, Erlangen, Fürth, Schwarzenbruck, Würzburg, Aschaffenburg, Augsburg, Lindau sowie Aichach-Friedberg untergebracht werden, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien bzw. welchem Auswahlverfahren die aufgelisteten Städte und Landkreise Geflüchtete aufnehmen werden (mit Nennung der Anzahl der Geflüchteten pro Stadt/Landkreis und inkl. Begründung, dass manche bayerische Städte wie Nürnberg nicht berücksichtigt wurden), wann genau die Geflüchteten ankommen werden (Nennung des genauen Zeitplans aufgelistet nach den bayerischen Städten/Landkreisen) und wie sich die Zahl der 100 Flüchtlinge, die nach Bayern kommen werden, genau zusammensetzt (inkl. Alter, Geschlecht, Herkunftsland, Vulnerabilität der Geflüchteten mit Aufstellung der jeweiligen Flüchtlingslager in Griechenland, aus denen die Geflüchteten kommen und mit Begründung, dass Bayern nicht mehr als 100 der 1 553 Geflüchteten aufnimmt, die Deutschland aufnehmen wird)?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Treffen es ab 2008 bis heute zwischen Vertretern der Staatsregierung und Herrn Peter Gauweiler bzw. Vertretern der Kanzlei Bub Gauweiler & Partner gab (um den Aufwand der Recherche zu begrenzen, ist vorerst eine einfache Abfrage der jeweiligen Terminkalender zur Beantwortung dieser Teilfrage ausreichend), bei denen die Wirecard AG Gegenstand des jeweiligen Gesprächs war (bitte hierbei auch Ort, Datum und Teilnehmer nennen), welche Inhalte dabei mit Bezug zur Wirecard AG besprochen wurden und ob es bei diesen Treffen konkret auch um Berichte ging, die die Staatsregierung von der Staatsanwaltschaft München erbeten hatte?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist es mit dem Infektionsschutzgesetz, den Landesverordnungen und den Kultusministeriellen Schreiben vereinbar, dass Schüler während des Lüftens ihres Klassenzimmers die Mund-Nasen-Schutz (MNS) abnehmen sollen, wie sind die Einschränkungen von Treffen mit einer bestimmten Anzahl von Haushalten und Personen vereinbar, während im Schulalltag die Schüler und Lehrer einem Vielfachen dieser Kontakte ausgesetzt sind und wie kann sichergestellt werden, dass die Kultusministeriellen Schreiben nicht erst am Freitagabend an den Schulen eingehen, um die Änderungen bis Montag früh umsetzen zu können?

**Christian Kligen**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Tatsachen aus der Studie „Correlation between 3790 qPCR positives samples and positive cell cultures including 1941 SARS-CoV-2 isolates“, der Autoren Jaafar R, Aherfi S, Wurtz N, Grimaldier C, Hoang VT, Colson P, Raoult D, La Scola B<sup>1</sup>, die grundsätzlich auch bereits in einem Bericht der New York Times Eingang fand<sup>2</sup>, mit den Aussagen, dass die Anzahl der COVID-19-Positiv-Testungen über die Höhe des Ct-Werts einstellbar ist, woraus sich bei einem Ct-Wert von 35 nur noch 3 Prozent negative Testungen ergeben („It can be observed that at Ct=25, up to 70 Prozent of patients remain positive in culture and that at Ct=30 this value drops to 20 Prozent. At Ct=35, the value we used to report positive result for PCR, less than 3 Prozent of culture are negative.“), in den untersuchten Laboren ein Ct-Wert von 35 validiert wurde („Our Ct value of 35 initially based on the results obtained by RT-PCR on control negative samples in Accepted Manuscript our laboratory and initial results of cultures [8] is validated by the present work and is in correlation with what was proposed i. e. in Korea [9] or Taiwan [10].“), es jedoch Erkenntnisse gibt, denen zufolge Probanden mit einer Virenlast, die so gering ist, dass man zu deren Identifikation mit Hilfe eines PCR-Tests mehr als 25 Ct-Zyklen benötigt, gar nicht mehr ansteckend sind („However, in an article published in this journal, a group reported that patients could be not be contagious above 25 Ct as the virus was not detected in culture above

---

<sup>1</sup> einsehbar unter <https://europepmc.org/backend/ptpmcrender.fcgi?accid=PMC7543373&blobtype=pdf>

<sup>2</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=w2apYr1DRig>

this Ct [6]. This limit was then evoked in the French media during the interview with the member of the French Scientific Council COVID-19 as a possible value above which patients are no longer contagious [7].“), frage ich die Staatsregierung, welche Ct-Werte hat das hauseigene Labor des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelgesundheit (LGL) im Jahr 2020 bei den COVID-19-Proben, die nicht als unverwertbarer Ausschuss behandelt wurden, mindestens einmal genutzt (bitte gesamte Breite der im LGL genutzten Ct-Werte bei hausintern untersuchten COVID-19-PCR-Tests angeben, von z. B. Ct-Wert 24 bis Ct-Wert 37), welche Vorgaben/Parameter vorliegen müssen, dass das hauseigene Labor des LGL im Jahr 2020 bei COVID-19-Proben den Ct-Wert verändert hat (bitte alle derartigen Vorgaben/Parameter angeben und bitte auch die schriftliche Grundlage für eine Änderung dieser Parameter angeben), welche Kenntnis die Staatsregierung über die Korrelation zwischen Ct-Wert, Virenlast und Ansteckungsfähigkeit des COVID-19-Virus hat, wie sie sich z. B. aus der im letzten Zitat angeführten angedeuteten Studie ergibt (bitte Studien und hierzu nachlesbar angeben)?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Wasserkraftanlagen wurden innovative Technologien im Sinne der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 seit deren Vorstellung unter Mitwirken der Staatsregierung eingesetzt, welche konkreten Maßnahmen zu „Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Wasserkraftnutzung“ wurden seitdem ergriffen und mit welchen konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung seitdem den „Ausbau und Erhalt der Wasserkraftpotenziale durch fisch- bzw. naturverträgliche Technologien“ unterstützt?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Ermittlung der Treibhausgasemissionen bei der Maßnahme „Klimaneutrale Staatsverwaltung“ der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019, für welche Ressorts liegen bereits Treibhausgasbilanzen vor und wann kann mit einem Abschluss der Erstellung der Treibhausgasbilanzen für alle Ressorts gerechnet werden?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche (bitte nach Möglichkeit ausdifferenzieren, z. B. zwischen unter 18-Jährigen und 18- bis 25-Jährigen) sind nach Kenntnis oder (falls keine aktuellen Zahlen vorliegen) Schätzung der Staatsregierung in Bayern wohnungslos, inwieweit haben sich hier infolge der Corona-Pandemie spezifische Problemstellungen bzw. Unterstützungsbedarfe ergeben und für wann ist die nächste flächendeckende Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern geplant?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Während das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat im Ministerrat am 11. Juni 2013 berichtete, für die Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg mit Kosten in Höhe von 14,6 Mio. Euro zu rechnen, summierten sich die Kostenberechnungen weiter auf 21,35 Mio. Euro (Stand: 3. Dezember 2015) und 30,1 Mio. Euro (Stand: 28. Februar 2019), ein weiterer Stand über die Kostentwicklung und Fertigungszeitraum ist nicht bekannt, wobei Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer am 21. Februar 2020 mitteilte, dass umfangreiche personelle und organisatorische Maßnahmen festgelegt werden, weswegen ich die Staatsregierung frage, welche neuen Erkenntnisse bzw. Tendenzen vorliegen (Stand heute mit Angabe insbesondere der aktuellen Kostenentwicklung und dem geplanten Zeitpunkt der Fertigstellung), welche Gründe für eine etwaige negative Entwicklung (evtl. Kostensteigerung und womöglich späterer Zeitpunkt der Fertigstellung) der Staatsregierung vorliegen und wie viel die Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg bei Nutzungsaufnahme den Erkenntnissen der Staatsregierung zufolge schlussendlich kosten wird?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Versorgungsangebote für schwerstkranke und sterbende Menschen laut Mitteilung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege erhöht werden sollen und dabei ein Schwerpunkt auf den Ausbau der hospizlichen und palliativen Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen gelegt werden (vgl. Drs. 18/6721) soll, frage ich die Staatsregierung, wie viele stationäre Pflegeeinrichtungen gibt es im Freistaat, die eine hospizliche bzw. palliativmedizinische Versorgung derzeit anbieten, welche Fördermöglichkeiten gibt es seitens der Regierung für Einrichtungen (ambulant/stationär), die sich speziell auf die Versorgung Jugendlicher und junger Erwachsener Pflegebedürftiger spezialisiert haben und wie haben sich die Zahlen der Ärztinnen und Ärzte mit Weiterbildung „Palliativmedizin“ in Bayern seit 2015 absolut verändert?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen der von ihr geleisteten coronabedingten Hilfszahlungen wurden Ermittlungen wegen Betrug aufgenommen, welche Schadenssumme wird in Summe vermutet und wie steht diese im Verhältnis zu den Betrugsfällen, die im Zusammenhang mit der Firma Wirecard ermittelt wurden (bitte mit Angabe Fallzahl, betroffenem Hilfsprogramm und vermuteter Schadenssumme)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Nachdem der Bürgermeister von Neustadt/Waldnaab Sebastian Dippold Teilnehmer einer Demonstration als „Gesocks“, „Aff“ und „Nazi-Bande“ beleidigt und in einem taz-Interview dargelegt hat, dass dieser Schritt wohlüberlegt war und zudem bei dem Post nicht offensichtlich ist, ob er als Privatperson oder als Bürgermeister agiert hat<sup>1</sup>, frage ich die Staatsregierung, ob gegen den Bürgermeister der Stadt Neustadt/Waldnaab Sebastian Dippold ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, wenn nein, warum nicht und ob sie eine Verletzung der Pflicht zur Mäßigung und Neutralität in diesem Vorfall sieht?

---

<sup>1</sup> <https://taz.de/Buergermeister-ueber-Hass-von-Rechten/!5725239/>

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele rettungsdienstliche Einsätze von Patienten mit COVID-19 bzw. COVID-19-Verdacht gab es seit März 2020 (bitte aufgeschlüsselt nach Rettungsdienstbereich und Monat), ist es zutreffend, dass seit September 2020 kaum mehr Patienten mit Verdacht auf COVID-19 transportiert werden und wenn ja, wie lässt sich dies erklären?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bußgeldanordnungen wegen Verstoßes gegen die 8. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) erlassen wurden, wie viele davon einen Verstoß gegen die Kontaktbeschränkungen betreffen und wie viele Bußgeldanordnungen vollstreckt wurden?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Nachdem der VDV (Verbund deutscher Verkehrsunternehmen) in seiner Pressemitteilung vom 13. November 2020<sup>1</sup> ausführte, mit Einnahmeverlusten von rund 3,5 Mrd. Euro für die Verkehrsunternehmen für das Jahr 2021 in Deutschland zu rechnen, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie vorsieht, sich beim Bund für eine etwaige Bereitstellung von zusätzlichen Regionalisierungsmitteln einzusetzen bzw. ob dies bereits erfolgt ist, in welcher Höhe die Staatsregierung die Einnahmeverluste für die ÖPNV-Unternehmen für das Jahr 2021 in Bayern schätzt (bitte um Darlegung der Hochrechnung) und welchen Beitrag sie gedenkt zu leisten, um die bayerischen ÖPNV-Unternehmen weiter zu unterstützen, sodass die Einnahmeverluste reduziert werden?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die in der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 angekündigten „Standorte für 100 neue Windanlagen (...) in den Bayerischen Staatsforsten“ bekannt gegeben, welche Schritte unternimmt die Staatsregierung zur tatsächlichen Nutzung dieser Standorte und welche Kompetenzen haben die Bayerischen Staatsforsten bei der Realisierung solcher Projekte angesichts der geltenden 10H-Regelung?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele PV-Anlagen (PV = Photovoltaik) wurden im Rahmen der Maßnahme „Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Liegenschaften“ aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18. November 2019 im laufenden Jahr in Betrieb genommen und warum erstreckt sich der Zielhorizont dieser Maßnahme bis zum Jahr 2050, wenn gemäß Klimaschutzgesetz die staatliche Verwaltung bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden soll?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen Hilfszahlungen können Lieferanten des Europäischen Schulprogramms (ESP) im Hinblick auf die Corona-Pandemie partizipieren, wie stellt sich dies speziell im Hinblick auf die Beschlüsse vom 16. November 2020 dar und wie bewertet die Staatsregierung den aktuellen Zustand im Vergleich zu den Angeboten anderer Branchen?

---

<sup>1</sup> <https://www.vdv.de/presse.aspx?id=2f400d5f-d621-4753-8bc2-31a146933652&mode=detail>

**Dr. Ralph Müller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits am 28.04.2020 verkündete: „Eine zweite Welle wird irgendwann kommen. Wann, weiß keiner“, sagte er am Dienstag nach der Sitzung des Kabinetts in München<sup>1</sup>, dass am 15.10.2020 gemäß Intensivregister von 30 233 Intensivbetten 21 514 belegt waren<sup>2</sup>, wovon aber nur 655 COVID-19-Patienten waren, am 22.11.2020 gemäß Intensivregister von 27 934 Intensivbetten 21 231 belegt waren<sup>3</sup>, wovon 3 709 COVID-19-Patienten waren, in Österreich 9 263 Neuinfektionen in 24 Stunden bei einer Bevölkerungszahl von knapp 9 Mio. Einwohner am 12.11.2020 gemeldet wurden und dass „Die Zahl von 9 263 Neuinfektionen in 24 Stunden im 9,5 mal größeren Deutschland etwa einem Wert von fast 88 000 entsprechen würde“<sup>4</sup>, die Zahl der Intensivbettenauslastung am 11.11.2020 in Österreich dennoch erst bei ca. 50 Prozent lag<sup>5</sup>, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang – angesichts des Wissens des Ministerpräsidenten um eine zweite Welle – die Staatsregierung zwischen 28.04.2020 bis 22.11.2020 die Zahl der Intensivbetten im Freistaat hat aufstocken lassen (bitte für „high care“, also mit Beatmungskapazität und „low care“ ausdifferenziert angeben), welchen Beitrag Bayern zu der deutschlandweiten Reduktion der im DIVI ausgewiesenen Intensivbetten von 30 233 Intensivbetten am 15.10.2020 auf 27 934 Intensivbetten am 22.11.2020 leistet (bitte begründen), welche Kenntnisse die Staatsregierung darüber hat, dass es der Republik Österreich gelingt, bei einem Äquivalent von zuletzt 88 000 Neuinfizierten binnen 24 Stunden, bezogen auf die Bevölkerung Deutschlands, glücklicherweise lediglich eine Intensivbettenauslastung von 50 Prozent ausweisen zu müssen?

---

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/kabinett-muenchen-soeder-geht-von-zweitercorona-welle-aus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200428-99-863057>

<sup>2</sup> [https://www.divi.de/joomlatools-files/docman-files/divi-intensivregistertagesreports/DIVI-Intensivregister\\_Tagesreport\\_2020\\_10\\_15.pdf](https://www.divi.de/joomlatools-files/docman-files/divi-intensivregistertagesreports/DIVI-Intensivregister_Tagesreport_2020_10_15.pdf)

<sup>3</sup> [https://www.divi.de/joomlatools-files/docman-files/divi-intensivregister-tagesreports/DIVIIntensivregister\\_Tagesreport\\_2020\\_11\\_12.pdf](https://www.divi.de/joomlatools-files/docman-files/divi-intensivregister-tagesreports/DIVIIntensivregister_Tagesreport_2020_11_12.pdf)

<sup>4</sup> <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/oesterreich-hammer-lockdown-wegen-corona-73940188.bild.html>

<sup>5</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155556/umfrage/auslastungsgrad-von-normal-undintensivbetten-durch-corona-patienten-in-oesterreich/>

---

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel der zusätzlich zum Konjunkturpaket des Bundes angekündigten und vorgezogenen Hilfen des Freistaates an die Kommunen zur Linderung der Coronakrise bis heute ausgezahlt worden sind (bitte, wie in Pressemitteilung Nr. 126 der Staatsregierung vom 22.07.2020 angekündigt, die Beträge für die Erstattung der ca. 1,3 Mrd. Euro an Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer, für die Hilfen in Höhe von ca. 460 Mio. Euro an den ÖPNV und für die ca. 200 Mio. Euro zur Erstattung nicht erhobener Elternbeiträge zur Kinderbetreuung – jeweils insgesamt und je Regierungsbezirk – angeben), wie viele Mittel der ca. zwei Mrd. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und der Schlüsselzuweisungen in Höhe von einer Milliarde Euro bereits, wie ebenfalls angekündigt, vorzeitig ausgezahlt worden sind (bitte insgesamt und je Regierungsbezirk angeben) und bis wann die Staatsregierung jeweils beabsichtigt, die genannten Unterstützungen vollständig ausgezahlt zu haben?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten baulichen und sicherheitsrelevanten Mängel führt das vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr erstellte Gutachten über das Gebäude in der Marienstraße 23 in Nürnberg auf (bitte alle auflisten), warum gelangen zwei Gutachten des TÜV im Zeitraum eines halben Jahres zu deutlich unterschiedlichen Beurteilungen und welche Möglichkeiten bestehen, der Ateliergemeinschaft einen angemessenen zeitlichen Aufschub für die geordnete Räumung des Gebäudes zu gewähren?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche „völkerrechtlichen Regelungen“ sie sich in der Antwort 8 a bis c der Schriftlichen Anfrage vom 19.06.2020 (Drs. 18/8173) bezieht (bitte angeben mit Quelle), wie sich diese „völkerrechtlichen Regelungen“ auf die hiesige Erbschaftsteuerpflicht eines ausländischen Staatsoberhauptes (z. B. einem König) mit Wohnsitz in Bayern konkret auswirken und welchen Kontakt es dazu zwischen der Staatsregierung und Angehörigen anderer Staaten gab (bitte angeben seit der Legislaturperiode 16 unter Angabe des Inhalts des Austauschs, Datum, beteiligten Personen und Ergebnis)?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund von Berichten der Süddeutschen Zeitung vom 10. Dezember 2019, dass das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für knapp 300 Mitarbeiter die bisherige Zentrale des Dax-Konzerns Linde am Oberanger für geschätzt mehr als 400 Tsd. Euro monatlich anmietet sowie vom 10. November 2020, wonach die Stadt München – auch auf der Grundlage der Erfahrungen in der Coronakrise – beim Umbau der Verwaltung durch mehr Homeoffice und zweckmäßige IT-Ausstattung mittelfristig Gelder (genannt sind 50 Mio. Euro pro Jahr) einsparen will, frage ich die Staatsregierung, welche Vorbereitungen für vergleichbare Maßnahmen in der staatlichen Verwaltung wurden differenziert nach Ressorts bereits in die Wege geleitet bzw. vorgenommen (z. B. Umfragen unter den Beschäftigten zu verstärktem und dauerhaftem Einsatz von Homeoffice), welche Zeitpläne gibt es für die Realisierung von Einsparungen (z. B. Reduzierung der Büroflächen, Anpassungen bei der IT) differenziert nach Ressorts und welche jährlichen konkreten Einsparpotenziale differenziert nach Ressorts sieht die Staatsregierung (bitte Darstellung der sukzessiven Einsparpotenziale im Zeitverlauf sowie der finalen Einsparung)?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sie, dass in der Nachreichung des Amtschefs des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 8. Dezember 2020 an den Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zu dessen 90. Sitzung am 31. August 2020 in den tabellarisch aufgelisteten Fällen von bei bayerischen Staatsanwaltschaften festgestellten Geldwäsche-Verdachtsmeldungen, bezogen auf die Wirecard AG oder mit ihr verbundenen Unternehmen und deren Vorstandsmitglieder, wesentliche Fälle, wie die Verdachtsmeldung der Bayerischen Landesbank (BayernLB) vom 30. Januar 2019 neben vier in Folge eingegangenen Nachmeldungen (datiert mit dem 1. Februar 2019, dem 6. Februar 2019, dem 8. Februar 2019 und dem 18. Februar 2019), die über die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) an das Landeskriminalamt und von da an bayerische Staatsanwaltschaften gelangt waren, nicht enthalten waren, welche Folgerungen und Konsequenzen zogen bayerische Staatsanwaltschaften aus dem auf die Wirecard AG/Wirecard Bank AG bezogenen Rechtshilfeersuchen des kalabrischen Staatsanwaltes Giovanni Bombardieri im Kontext mit der Operation „Galassia“, die sich gegen die 'Ndrangheta wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung und Geldwäsche über Online-Wetten und Wettbüros richtete und wie beurteilt die Staatsregierung, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt nun Ermittlungen aufgenommen hat wegen eines Sachverhalts, zu dem die Staatsanwaltschaft München I bereits im November 2017 ein Vorermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche und der Beihilfe zur unerlaubten Glücksspiel-Veranstaltung gegen Verantwortliche der Wirecard Bank AG eingeleitet hatte, dieses Verfahren dann aber mit Verfügung vom 18. Dezember 2019 eingestellt hatte, weil sich der Tatverdacht nicht bestätigt hätte?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob zurzeit eine Reform oder Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes geplant ist oder bearbeitet wird und falls ja, wann diese vorliegen soll bzw. in welchem Stadium sie sich befindet und welche Probleme gelöst werden sollen bzw. welche konkreten Inhalte für eine solche Reform oder Novelle geplant sind (bitte unter Angabe der betroffenen Artikel des Gesetzes)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen sind im Regierungsbezirk Oberfranken islamistischen Vereinigungen zuzurechnen, wie verteilen sich diese Personen räumlich im Regierungsbezirk Oberfranken (bitte aufgeteilt nach Landkreisen/kreisfreien Städten) und wie viele islamistische Gefährder halten sich nach Erkenntnissen der Staatsregierung im Regierungsbezirk Oberfranken auf?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bäume wurden von den Bayerischen Staatsforsten in den vergangenen fünf Jahren gepflanzt, wie viele wurden in den vergangenen fünf Jahren gefällt und welche kumulierte CO<sub>2</sub>-Bindung erwartet die Staatsregierung durch die Maßnahme „Pflanzung von 30 Mio. Bäumen“ aus der Klimaschutzoffensive vom 18. November 2019 bis zum Jahr 2030?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Moore wurden im Rahmen des Moorwildnisprogramms aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung seit dem 18. November 2019 arrondiert, wie viele Hektar wurden seitdem angekauft oder angepachtet und wo konnten dadurch bereits Maßnahmen zum Rückbau der Entwässerungen ergriffen werden?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der weiter erforderlichen Aufklärung des bayerischen Unterstützernetzwerkes der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) und der vielen offenen Fragen zu den Anschlägen und Morden des NSU in Bayern, frage ich die Staatsregierung, ob sie tatsächlich eine Aufhebung des umfassenden Löschmatoriums für Unterlagen zum NSU-Komplex im Bereich der bayerischen Sicherheitsbehörden beabsichtigt und falls ja, wie sie die unwiederbringliche Löschung von wichtigen Unterlagen für einen etwaigen zweiten bayerischen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex verhindern will, und falls nicht, wie eine dauerhafte Sicherung und Archivierung aller relevanten Unterlagen der Sicherheitsbehörden zum NSU-Komplex gewährleistet werden soll?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Gesundheitsämtern zur Rückverfolgung von Infektionsketten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Polizistinnen und Polizisten aus den bayerischen Präsidien jeweils in Gesundheitsämter abberufen wurden, wie sich diese Zahlen zwischen Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten als auch Verwaltungskräften aufteilen und welche Pläne die Staatsregierung für die Entwicklung dieser Zahlen hat?

**Josef Seidl**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ein Team von Anwälten auf einer Pressekonferenz<sup>1</sup> öffentlich erklärte, „Sie sollten mehr darüber erstaunt sein, dass unsere Stimmen in Deutschland und in Spanien ausgezählt werden und zwar von einem Unternehmen, das sich im Besitz von Tochtergesellschaften von Chávez und Maduro befindet. Hätten Sie jemals geglaubt, dass sowas möglich ist? Es ist unglaublich, dass das Unternehmen, das unsere Stimmen zählt, im Besitz von zwei Venezolanern ist, die Verbündete von (Hugo) Chávez waren, die gegenwärtig Verbündete von (Nicolas) Maduro sind, mit einem Unternehmen, dessen Vorsitzender (Mark Malloch Brown) ein enger Mitarbeiter und Geschäftspartner von George Soros ist, dem größten Geldgeber der Demokratischen Partei, dem größten Geldgeber der Antifa und dem größten Geldgeber von Black Lives Matter. Meine Güte, was müssen wir tun, damit Sie die Wahrheit sagen?“ (1:05:23 Stunden) und es gebe einen massiven Einfluss auf die US-Wahlen durch kommunistisches Geld aus den Staaten Venezuela, Kuba und China. Die „Smartmatic“-Software, die nicht nur in den Wahlmaschinen von „Dominion Voting Systems“, sondern auch bei anderen Herstellern solcher Geräte Verwendung findet, sei in Venezuela nach den Wünschen von Hugo Chávez entwickelt worden. Sie erlaube es, Wahlauszählungen nach Belieben zu steuern. Das Trump-Team verfüge über die eidesstattliche Versicherung eines Zeugen, der alles über diese Software und die Umstände seiner Entwicklung wisse. (Min. 38:00), frage ich die Staatsregierung, welche Stimmabgaben von bayerischen Bürgern bei einer Wahl, sei es eine Kommunalwahl, eine Landtagswahl, eine Bundestagswahl, eine Wahl zum EU-Parlament mit Hilfe einer Software bearbeitet wurden/in Kontakt kamen, die früher oder heute von der Firma „Smartmatic“ vertrieben wurde/wird, welche Stimmabgaben von bayerischen Bürgern bei einer Wahl, sei es eine Kommunalwahl, eine Landtagswahl, eine Bundestagswahl, eine Wahl zum EU-Parlament mit Hilfe einer Hardware bearbeitet wurden/in Kontakt kamen, die früher oder heute von der Firma „Dominion“ vertrieben wurde/wird, welche Kenntnisse sie über die Vorwürfe, des zuvor genannten Anwaltteams hat, dass Herr George Soros mindestens Teile der Antifa, von Black Lives Matter, der Partei „Democrats“ finanziert und einen Mitarbeiter Mark Malloch Brown hat, der Vorsitzender einer dieser beiden Firmen „Smartmatic“/„Dominion“ ist?

---

<sup>1</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=buQCdCSDWQQ&feature=emb\\_title](https://www.youtube.com/watch?v=buQCdCSDWQQ&feature=emb_title)

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der in der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 aufgeführten Hektar der staatlichen Versuchsstation Karolinenfeld mit ihren 147 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden im Jahr 2020 moorverträglich umgebaut bzw. vernässt, wie viele Hektar Paludikulturen wurden angelegt und auf wie vielen Hektaren soll eine moorverträgliche Nutzung bis 2025 erfolgen?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anpassungen an der bayerischen Einreise-Quarantäneverordnung hält sie mit Blick auf den aktuellen und unanfechtbaren Beschluss des Oberverwaltungsgerichts in Münster (Az. 13 B 1770/20.NE) für notwendig, wie will die Staatsregierung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Einreise-Quarantäneverordnung in Zukunft Rechnung tragen und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus auf die Testpflicht für Grenzgängerinnen und -gänger?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, entfällt die Maskenpflicht im Klassenraum bzw. im Unterricht in Bayern, wenn im Klassenraum ein mobiles Luftreinigungsgerät mit HEPA-Filter zum Einsatz kommt, welche mobilen Luftreinigungsgeräte mit HEPA-Filter empfiehlt die Staatsregierung für den Einsatz in Klassenräumen (bitte Hersteller und Typ der mobilen Luftreinigungsgeräte mit HEPA-Filter nennen) und gedenkt sie die Förderung mobiler Luftreinigungsgeräte mit HEPA-Filter auf alle Arten von Klassenräumen ohne die Beschränkungen im Förderantrag zu erweitern?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass für die tschechischen Berufspendler, die sich aufgrund der angeordneten Testpflicht einmal wöchentlich auf SARS-CoV-2 testen lassen müssen, in den Testzentren der einzelnen Landkreise ausreichend Testmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wie setzen sich die Kosten beziehungsweise eventuellen Pauschalen für Tagessätze zur Betreuung von Testzentren zusammen und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer im Hinblick auf den bürokratischen und finanziellen Aufwand zu entlasten, der im Zusammenhang mit den wöchentlichen Mitarbeiterfestungen durch Anmeldeverfahren und Arbeitsausfall infolge von Anfahrts- und Testzeiten entsteht?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf das Modellvorhaben „Klimagerechter Städtebau“ aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 frage ich die Staatsregierung, wie die von den acht Modellkommunen zu entwickelnden städtebaulichen Anpassungsmaßnahmen und Umsetzungsstrategien im Hinblick auf die bayerischen Klimaschutzziele evaluiert werden, welche konkreten Maßnahmen und Anreize zur möglichst flächendeckenden Übertragung der Lösungsansätze auf andere Kommunen geplant sind (Konferenzen, Broschüren, Beratungsangebote, etc.) und welche Mittel im nächsten Haushalt für den Schwerpunkt klimaeffizienter Städtebau im Rahmen des Förderprogramms „Zuschüsse des Landes für städtebauliche Planungen und Forschungen“ vorgesehen sind?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Wie der Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung am 10.11.2020 zu entnehmen war, will die Staatsregierung die Nöte der Labore endlich ernst nehmen und hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege mit einer Analyse und Evaluation der verfügbaren Testkapazitäten für die 47. Kalenderwoche beauftragt, deswegen frage ich die Staatsregierung, über welche Testkapazitäten verfügt der Freistaat aktuell (bitte aufgeschlüsselt nach Fachlaboren, Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und kommunalen Testzentren), in welchen bayerischen Regionen gibt es Engpässe und welche Konsequenzen will die Staatsregierung aus der Evaluation ableiten?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass eine Anfrage der Grünen in Nordrhein-Westfalen kürzlich ans Tageslicht beförderte, dass jüngst wegen Extremismusbezügen abgelehnte Bewerber für den Polizeidienst nicht etwa wegen Verdachts auf „Rechtsextremismus“ abgelehnt wurden, sondern allesamt wegen Bezügen zu Salafisten<sup>1</sup>, wie viele Polizeianwärter wurden in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 auf Basis der routinemäßigen Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz – auf Basis des gesamten relevanten Spektrums, also umfassend auch Organisierte Kriminalität, Wirtschaftsspionage und politische bzw. religiöse Kriminalität – als Bewerber für den Polizeidienst abgelehnt (bitte nach Bezirken aufschlüsseln), welche Arten verfassungsschutzrelevanter Bezüge waren bei jedem der abgelehnten Bewerber ausschlaggebend für die Ablehnung und wie lauten die jeweils abgefragten Daten für angehende Beamtinnen und Beamte in anderen Bereichen, außer der Polizei, wie z. B. für die Verbeamtung als Lehrer?

---

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=cvriIWChkFE>

---

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Einzelmaßnahmen, Anordnungen oder Teilschritte der Umsetzung hat sie in diesem Jahr unternommen, um den „Aktionsplan Bewässerung“ aus der Klimaschutzoffensive vom 18.11.2019 zu realisieren, welche kurzfristigen „Alarmpläne“ wurden seitdem aufgestellt und welche Einzelmaßnahmen, Anordnungen oder Teilschritte der Umsetzung hat die Staatsregierung in diesem Jahr unternommen, um den „Ausbau der Grundwassermessnetze“ in die Wege zu leiten?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Nachdem die Freie Wohlfahrtspflege Bayern – Fachbereich Frauen und die landesweite Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt eine Umfrage bei allen Frauenhäusern und Fachberatungsstellen/Notrufen vollzogen hat, ob eine Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen während der Coronakrise zu verzeichnen ist, frage ich die Staatsregierung, liegen ihr zum aktuellen Zeitpunkt diesbezüglich Ergebnisse vor und plant sie weitere Maßnahmen, auch im Hinblick auf den zweiten Lockdown, gegen die Zunahme von häuslicher Gewalt in der Coronakrise?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist der seit einem Jahr angekündigte und in der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 aufgelistete neue „Programmteil Heizungstausch“ im Rahmen des 10 000-Häuser-Programms angesichts der umfassenden Förderung des Heizungsaustausches seit 2020 durch den Bund noch sinnvoll, welche Förderungen zur energetischen Gebäudesanierung, welche im Bereich der Einsparung von CO<sub>2</sub> ein enormes Potenzial haben, werden durch das 10 000-Häuser-Programm momentan abgedeckt und aus welchen Gründen wurde der Programmteil „EnergieSystemHaus“, der diesen Bereich abgedeckt hat, im Januar 2020 eingestellt?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Direktorinnen und Direktoren an Bayerns Schulen erhielten die Corona-Prämie von 500 Euro, wie viele Lehrerinnen und Lehrer erhielten darüber hinaus für welche besonderen Leistungen die Corona-Prämie von 500 Euro (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele FFP2-Masken werden den einzelnen Schulen zur Verfügung gestellt, wann werden den Schulen die FFP2-Masken zur Verfügung gestellt und welche weiteren Maßnahmen zur Erhöhung des Gesundheitsschutzes für Lehrkräfte sind geplant?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, im Rahmen der Maßnahme „Stärkere Förderung des Ausbaus von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen“ zur Verkehrsbündelung im ÖPNV und multimodaler Mobilität aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019, um welche Mittel (Höhe der Haushaltsmittel, Programme und Kommunikation der Angebote) die Förderung für Park & Ride- sowie Bike & Ride-Anlagen auf welche Beträge ausgeweitet wurden und welche Zielvorgaben für Parkplatzkapazitäten an den Bahnhöfen (bitte nach Kfz und Fahrrad aufgeschlüsselt angeben) vorgegeben bzw. bereits erreicht wurden?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Forschungsprojekte zur „Ausweitung der Forschung für klimatolerante Bäume“ aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 sind seitdem gestartet worden, welche Projekte sind bis 2024 noch konkret geplant und welche Stellen (befristet und/oder unbefristet) wurden bzw. werden hierfür zusätzlich geschaffen?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Einrichtungen für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung sowie Krankenhäusern (bitte nach jeweiliger Einrichtung ausdifferenzieren) gibt es derzeit in Bayern in absoluten und relativen Zahlen (= prozentualer Anteil) jeweils Besuchsverbote, wie viele Personen (das heißt Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Patientinnen und Patienten) befinden sich nach aktuellem Stand (falls nicht exakt bekannt, bitte annäherungsweise) in den oben genannten Einrichtungen (bitte ebenfalls nach jeweiliger Einrichtung ausdifferenzieren) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, damit die Besuchseinschränkungen für die genannten Einrichtungen so gering wie möglich gehalten werden können?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche der Programmbestandteile der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019, die sich mit der Thematik der Gebäudesanierung befassen, wurden 2020 umgesetzt, worin liegt konkret die beschriebene „Modifizierung und Erhöhung des Sonderprogramms „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“ und in welcher Höhe sind für die Sanierung staatlicher Gebäude zusätzliche Haushaltsmittel geplant?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Corona-Leugnern in den Reihen der Lehrkräfte sind dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus bekannt, welche dienstrechtlichen Konsequenzen hat eine solche Haltung und an welchen Schulen wurden Lehrkräfte mit dieser Haltung bereits vom Dienst suspendiert?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, werden bei der Erfassung von COVID-19-Fällen in Bayern die möglichen Orte der Ansteckung neben den Kontaktpersonen erfasst, welche Cluster hinsichtlich der Orte der COVID-19-Infektionen lassen sich daraus über den bisherigen Verlauf der Pandemie bis 23.11.2020 herauslesen (Gastronomie, Arbeitsplatz, Veranstaltungsformen, Hochzeiten etc. bitte entsprechend mit Anzahl, geordnet nach Landkreis und Monat auflisten) und welche Orte der COVID-19-Infektionen sind der Staatsregierung aus anderen Bundesländern oder angrenzenden Nachbarstaaten bekannt (bitte nach Land/Bundesland, Ansteckungsortskategorie, Monat bis 23.11.2020 etc. auflisten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Park & Ride-Flächen, die sich zur Bebauung mit Wohnraum eignen, wurden im Rahmen der Potenzialflächenanalyse des Projekts „Park & Ride and Live! Neuer Wohnraum auf vorhandenen Flächen“ aus der Klimaschutzoffensive der Staatsregierung vom 18.11.2019 bereits identifiziert (bitte nach Regierungsbezirken auflisten), wie viel Wohnraumpotenzial wurde dabei ermittelt (bitte nach Fläche auflisten) und welche Hindernisse erschweren die Beschaffung von Flächen bzw. die Realisierung der Projekte?